

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kämmerer, Damen und Herren der Verwaltung,
geschätzte Zuhörerschaft,



zum vorliegenden Haushaltsplan darf ich Ihnen nun die Einschätzungen und Gedanken der FW-Fraktion darlegen. Wir haben im Haushaltsjahr 2018, wie in den vergangenen Jahren auch, wieder einschneidende und zukunftsweisende Projekte sowie die Ansätze für laufende Geschäfte, Umlagen, Kapitaldienstleistungen zu finanzieren und so realistisch wie möglich darzustellen.

Debatten über Haushalte können vieles sein; Wiederholen von Zahlen und Bekräftigen der eigenen Auffassung oder der Versuch einer Einordnung, Einbettung in Zeit und Zeitgeist, politischer Großwetterlage, Finanzlage des Landkreises, des Bezirks, des Landes, des Bundes und letztendlich auch der globalen Rahmenbedingungen, die , heruntergebrochen auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten, berücksichtigt werden sollten. Hier ist es beispielsweise wichtig zu wissen, dass aufgrund der aktuellen Niedrigzinspolitik Strafzinsen auf Spareinlagen keine Seltenheit mehr sind, diese uns jedoch nicht drohen; deshalb wurde die Verwaltung mit der Befugnis ausgestattet, die niedrigen Zinsen für neue Darlehen in Höhe von 1 Mio.€ zu nutzen anstatt die Rücklagen um den Darlehensbetrag zu schmälern.

Die Zeit des unbeirrten Glaubens an die Macht des Marktes ist ja glücklicherweise im Schwinden begriffen, und dennoch scheint es ein beliebter Sport von Betriebs- und Volkswirten zu sein, nahezu jeden Aspekt des Lebens nach pekuniären Gesichtspunkten zu bewerten und berechnen; buchstäblich jedem Atemzug kann ein genau bezifferter Wert zugeordnet sein- also ist eine Debatte über Geld immer eine generalistische und essentiell für zielgerichtete Steuerung, das Geben von Impulsen und Gerechtigkeit/Solidarität im weiteren Sinne. Geld ist nichts Seelenloses oder nur Tauschmittel für Waren und Dienstleistungen, sondern je nach Kontext der Gegenwert für Zeit, Anstrengung, Know-How, Kontakte, Loyalität, Talent und so weiter; und dieser wird dann entweder fair oder ausbeuterisch (oder irgendetwas dazwischen) beglichen.

Mit Geld kann man neben Investitionen und Unterhaltungsaufwendungen Anreize und Schwerpunkte setzen, Angebote machen, Wertschätzung ausdrücken. Das ist die Klaviatur, auf der wir als Politiker zu spielen versuchen.

Einmal, oder mindestens einmal im Jahr sollte man auch Entscheidungen (haushaltsrelevant oder nicht) überprüfen, am eigenen Wertesystem und an dem der Gemeinschaft messen. Z.B. kann man grundsätzliche Überlegungen anstellen: Was braucht der Mensch? Was nutzt der Gesellschaft? Was braucht das ökologische Gleichgewicht zum Existieren? Wie nachhaltig ist eine Maßnahme? Welche Begleiterscheinungen ergeben sich?

Selbstkritik und ein offener Geist können helfen. Wenn man seine politische Sozialisation in der CSU durchlaufen hat, sieht dieser Prozess naturgemäß anders aus als bei der SPD und wieder anders bei uns freien Wählern, wo quasi überhaupt nicht sozialisiert wird. Aber gut. Nachgedacht wird auch bei uns

Die wichtigsten Aspekte des menschlichen Daseins und der Daseinsfürsorge sind von Politik und Verwaltung abzubilden. Alles, was Menschen nicht alleine bewältigen können, versuchen sie, in Gemeinschaft zu organisieren; das stellt das generelle Prinzip vieler Zusammenschlüsse dar.

Hier wäre es halt ganz hilfreich, wenn ein gewisses Gleichgewicht zwischen „Geben“ und „Profitieren“ angestrebt würde. Wenn sich nämlich Teile der Gesellschaft als „Zahlmeister“ und manche als „Verlierer“ fühlen, wenn ein wahrgenommener Gerechtigkeits-Gap Zorn oder Frust produziert- dann haben wir ein Problem.

Die vielbeschworene Spaltung der Gesellschaft kann nachfolgen; eine Bankrotterklärung für Politiker, die sich offenbar nicht mehr in den Sphären Normalsterblicher zurechtfinden. Uns sollte das nicht passieren; wir sollten ganz deutlich Wertschätzung ausdrücken, unsere Gedanken ordentlich kommunizieren und uns einem öffentlichen Diskurs stellen.

Wenn wir also heute der zu beschließenden Satzung unser Einverständnis erteilen, ist der gedankliche Überbau bereits- zumindest in Ansätzen- gediehen und wir befinden im Ergebnis über ein Gesamthaushaltsvolumen von 35.963.800 €, einem Verwaltungshaushalt von 28.539.100 € und einem Vermögenshaushalt von 7.424.700 €

Die größten Einnahmeposten des Verwaltungshaushalts sind die Gewerbesteuer mit 6.500.000€ und die Anteile an Gemeinschaftssteuern von 5.331.000 €. Hier sei wie jedes Jahr ein ausdrücklicher Dank an die Personen, die uns die ganze Veranstaltung hier finanzieren; gestattet. Es sind die Unternehmer, die uns Gewerbesteuer zur Verfügung stellen und die arbeitende Bevölkerung mit der Erwirtschaftung der Gemeinschaftsteueranteile. Wir wissen um die Bedeutung Ihrer Leistung und würdigen sie ausdrücklich. Ohne die Menschen, die jeden Tag aufstehen und ihren Job machen, könnten wir hier weder verwalten noch gestalten. Wir könnten weder versuchen, die Schwächeren in unsrer Gesellschaft zu integrieren noch für die nachfolgenden Generationen sorgen, indem wir zum Beispiel zukunftsweisende Konzepte für die Bildung und Förderung unseres Nachwuchses auflegen noch irgendwelche gemeindlichen Einrichtungen und Leistungen zur Verfügung stellen.

Wenn wir möchten, dass unsere Nachkommen das Rüstzeug bekommen, um die Herausforderungen ihrer Zeit zu bewältigen und ihrerseits Stützen der Gesellschaft zu sein, brauchen wir demnach optimale Voraussetzungen im Bildungsbereich. Bei uns ist der größte und umfassendste Faktor, den wir beeinflussen können, die Grundschule. Um den herausragenden Stellenwert dieser Einrichtung zu unterstreichen, wurde wie Sie alle wissen, auf unsere Initiative hin ein ordentlicher Ausschuss „Grundschule“ gebildet, um so zügig als möglich und mit angemessener Teilhabe der einzelnen Protagonisten ein exzellentes Konzept für die Zukunft zu erstellen. Wir nehmen uns so viel Zeit wie nötig, um das Geld unserer Bürger wirklich nachhaltig gewinnbringend anzulegen. Die Neukonzeptionierung der Grundschule, wie sie auch immer ausfallen möge, wird die nächsten Haushalte prägen und ist deshalb auch heute einer Erwähnung wert. Die Standortfrage dürfte hier für enorme Ausschläge sorgen, nicht nur für die Haushalte, sondern für das ganze Konstrukt Ortsentwicklung (Entwicklung von Stockstadt nördlich der Bahn, die ganze „Ortskern“-Frage, Einzelhandels-, Wohnungs-, und Seniorenwohnkonzept) Es ist also noch Etlliches zu klären. Und ich bin mir sicher: Es wird sich fügen, wenn wir gemeinsam Ideen entwickeln und versuchen, viele Menschen zu beteiligen und Vorteile für viele Bürger zu erreichen. Von uns kann die Standortfrage selbstredend NUR mit dem ausdrücklichen Placet der Hübnerschaften gefällt werden. Wenn wir in Stockstadt eine so weitreichende Entscheidung fällen und dulden, dass Wald weichen muss, dann natürlich nur mit dem eindeutigen Votum und dem ausdrücklichen Wunsch der Hübner.

Wenn wir die Chance haben, mehrere positive Komponenten zu vereinen, haben wir eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung und eine schöne, zukunftsweisende Lösung.

Ein Ortsplaner soll hierzu seine Auffassung einfließen lassen und das Ergebnis abrunden. Für mich persönlich ist der jetzige Schulstandort ein durchaus guter, die Gründe dafür hatte ich schon mehrfach ausgeführt, weiß andererseits aber um die Kraft guter Argumente und das Demokratie-Prinzip. Zu gegebener Zeit werden wir Klarheit bekommen, um für den Haushalt 2019 ein schärferes Bild zeichnen zu können.

Auf weitere Positionen im investiven Teil des Vermögenshaushalts möchte ich lediglich ein paar Schlaglichter werfen, um den hier angedachten Rahmen nicht zu sprengen. Sie wurden bereits ausführlich beraten und zum Teil beschlossen

Prägnante Punkte sind unter anderen die Ansätze für die Feuerwehr: Wir investieren dieses Jahr 225.000€ für energetische Sanierung des Feuerwehrhauses und plangerechter Anschaffung des ELW.

Die Mittelschule erhält unter anderem eine neue Einrichtung des Physiksaals für 190.00 €

Die neu errichtete Krippe wird mit einem Ansatz von 1,2 Mio € (gesamt 2,2 Mio €) zu Buche schlagen und die Planung der Waldschwimmbadsanierung mit rund 330.000€. Hier treten wir alsbald in ein VGV-Verfahren ein.

Ein weiterer wichtiger Ansatz ist der für Errichtung und Sanierung von Gemeindestraßen. Rund 1,2 Mio Euro genehmigen wir uns 2018 hierfür. Enthalten in diesem Ansatz sind u. a. 2 Bushaltebuchten, unser Anteil an der AB16 und ein Ansatz zur Überplanung der Ortseinfahrt Süd, Planungskosten für die Verkehrsberuhigung vor der neuen Kinderkrippe und Straßensanierungen gemäß unseres Konzepts.

Ansätze für Kanalneuerstellung bzw. Generalsanierung ist mit 855.000 € vorgesehen, der Umbau der Leichenhalle mit Funktionsräumen mit rund 750.000 €, das E Werk wird mit einem Budget von 630.000 € ausgestattet; das W Werk erhält 380.000€, für Brandschutz und ein paar kleinere Maßnahmen an der Frankenhalle sind 100.000 € vorgesehen, der Erwerb von bebautem Grundbesitz ist mit 500.000€ veranschlagt, der für unbebauten mit 100.000 €.

In Summe reden wir über ein Investitionsvolumen von rund 7,030 Mio Euro; zum allergrößten Teil ausdrücklich von uns mit getragen. Unsere Anträge zur Konzeptionierung eines Wohnungsbaus für bezahlbares Wohnen, einer Etablierung einer adäquaten Obdachlosenunterkunft und einer Machbarkeitsstudie zum Thema Radfahrer- und Fußgängerbrücke über den Main, idealerweise aufgelegt und bezahlt von überregionalen Trägern, sind aufgenommen und werden uns inhaltlich übers Jahr beschäftigen. Eine längere Debatte muss auch noch zum Thema Ortsentwicklungskonzept folgen; hier stehen wir noch relativ am Anfang.

Weitere Auswirkungen für die zukünftigen Haushalte wird die Finanzierung der Erschließung des neuen Gewerbegebiets Süd haben, ebenso der Verkauf von Grundstücken und die erwartete und hoffentlich auch üppig fließende Gewerbesteuer. Zur Vergabe der Gewerbeflächen möchten wir darauf hinweisen, dass die Anregung von Dr. Glöckner, einen Kriterienkatalog zur Auswahl der „Gewerbegebietsaspiranten“ zu erstellen, zu einem geordneten und transparenten Verfahren geführt hat, das uns sowohl die Auswahl als auch die Argumentation erleichtert und von dem wir denken, dass es uns in Zukunft zugute kommt. Vielen Dank der Verwaltung für das sinnvoll geordnete Papier, das sie uns dafür zur Verfügung gestellt haben.

Ein weiterer fraktionsübergreifend diskutierter Punkt ist immer wieder und auch im vergangenen und laufenden Jahr der Umgang mit Verkehr im Ortsgebiet. Wir haben verschiedene Ansätze entwickelt, um dem enormen individuellen PKW-Verkehr, der ja die größte Belastung darstellt, entgegen zu treten. Der Vorschlag, eine Fußgängerunterführung unter der Bahn zu errichten, die sicher effektiv gewesen wäre, scheiterte an den hohen Kosten. Ein weiterer Ansatz ist die Verbesserung stark frequentierter Fußwege. Unser Ansatz ist die Förderung der Nutzung des ÖPNV durch Grundschüler, gekoppelt mit einer pädagogischen Komponente. Die finale Entscheidung und auch Bewertung des Effekts steht noch aus. Wir bitten hier noch einmal ausdrücklich um Unterstützung und konstruktive Begleitung.

Über die Straßenbeitragsausbausatzung und deren erstaunlicher Weg durch die Gremien unseres Freistaats wird heute ja noch gesprochen deshalb hier lediglich der Hinweis, dass auch in dem Punkt erhebliche Verwerfungen im Haushalt zu befürchten und zu gegebener Zeit einzuplanen sind.

Wenn wir uns den Verwaltungshaushalt betrachten, sehen wir folgendes:

Die größten Ausgabepositionen sind Personalausgaben, Kosten für Verwaltung und Betrieb und Umlagezahlungen. Der Landkreis Aschaffenburg erhält 2018 für die Wahrnehmung seiner Aufgaben 3,94 Mio.€, der Bezirk vom LK AB rund 32,2 Mio.€. Unsere Steuer- und Umlagekraft steigt seit 2011 kontinuierlich an; wir sind also offensichtlich in der Lage, die Versorgung unserer Bürger etwa mit überörtlichen Schulangeboten, kommunal geführten Krankenhäusern, Angeboten im Bereich Kultur und vielem mehr aktiv mit zu tragen. Wir können stolz und zufrieden sein, eine starke und zuverlässige Kraft in Landkreis und Bezirk zu sein und können dementsprechend selbstbewusst auftreten.

Zur Verbesserung der Einnahmesituation der Werke haben wir beantragt, einen Fachvortrag zum Thema: Steigerung der Attraktivität zu organisieren. Wir sollten uns mit dem Thema befassen, um die Gebühreneinnahmen zu sichern und den Nutzen für die Bürger zu steigern.

Zum Stellenplan können wir feststellen, dass sämtliche Stellenmehrungen, Ein- und Umgruppierungen in der Sache begründet sind –soweit wir das beurteilen können und der Personalrat seine Arbeit gewissenhaft erledigt hat- und von uns mitgetragen werden. Der intensiven Analyse des Rechnungsprüfungsausschusses, den wir ausdrücklich lobend erwähnen möchten, ist zu verdanken, dass wir einen Abrechnungsmodus für Leistungen aus dem Bauhof gefunden haben, der der Wirklichkeit eher entgegen kommt als das bisherige Verfahren. Ergo gehen von unserer Seite Dank, Respekt und Hochachtung an die Adresse Bauhof.

Ein herzlicher und aufrichtiger Dank natürlich ebenso an die Verwaltung, an alle Beschäftigten des Marktes Stockstadt, den Personalrat und natürlich den geschätzten Kollegen für die konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Im Großen und Ganzen finden sich unsere Vorstellungen im Haushalt wieder; als dynamisches und im Fluss befindliches Gebilde so gut gemacht als es in der Beschränktheit der Mittel eben möglich ist. Er findet unser Placet. Wir stimmen allen Teilen der Satzung zu und dann geht es wieder an die Arbeit.

Danke

Stellv. Fraktionssprecherin Jutta Herzog

15.03.2018